



Damit Sie draußen wissen, was drinnen vorgeht!
Gemeinderatssitzung 19. Jänner 2012



KPÖ informiert:
GRAZ
 www.kpoe-graz.at

Land will hunderte Wohnungen in Graz verkaufen

Das Land Steiermark hat vor, alle 1300 Landeswohnungen zu verkaufen. Das hat die KPÖ aufgedeckt. In Graz be-

finden sich 90 Prozent dieser Wohnungen.

Stadträtin Elke Kahr: „Der Verkauf der Landeswohnungen entzieht unserer Stadt erneut gesicherten, leistbaren Wohnraum. Den brauchen wir aber mehr als dringend, es

ziehen nicht nur begüterte Leute nach Graz. Der Besitz von Wohnungen garantiert dem Land immerhin auch gesicherte Einnahmen und einen bleibenden Wert.“ LAbg. Werner Murgg warnt davor, dass die Wohnungen wahrscheinlich zu einem Spottpreis verkauft werden.

An bestehenden Mietverträgen kann – abgesehen von der zu erwartenden Verschlechterung in der Verwaltung – auch eine Privatisierung nicht viel ändern. Für künftige Mieterinnen und Mieter steigen die Kosten aber erfahrungsgemäß stark an.

Familienbeihilfe anheben!

In einer Petition an den Bund forderte Gemeinderat **Christian Sikora** die



Erhöhung der Familienbeihilfe und die Valorisierung des Kinderbetreuungsgeldes. Während die Inflationsrate seit 1990 um 52 Prozent gestiegen ist und Güter des täglichen Lebens sogar um bis zu 200 Prozent an Teuerung zulegten, hat sich die Familienbeihilfe im selben Zeitraum nur um elf Euro (das sind 11,53 %) pro Kind erhöht. Zum Vergleich: Der Ausgleichszulagenrichtsatz wurde seit dem Jahr 1990 um 105 Prozent bzw. um 609 Euro angehoben.

KPÖ-Gemeinderat Sikora: Ein Wertverlust wie bei der Familienbeihilfe von rund 40 % und beim Kinderbetreuungsgeld von 25 % seit 2002 wäre in allen anderen Bereichen unmöglich“.



Elke Kahr. KPÖ

**In harten Zeiten:
Auf keinen Menschen vergessen!**

Stopp der Teuerung! KPÖ im Gemeinderat aktiv

Die Grazer KPÖ stellt die von Schwarz/Grün beschlossene Gebührenautomatik bei Kanal und Müllabfuhr in Frage und fordert einen Tarif- und Gebührenstopp. **KPÖ-Gemeinderätin Ina Bergmann:** „Die KPÖ wendet sich gegen diese Vorgangsweise, weil Sozialleistungen gleichzeitig nicht wertgesichert sind oder sogar gekürzt werden. Außerdem bedeutet die automatische Erhöhung dieser Gebühren eine zusätzliche Belastung und wirkt



sich auch auf die Betriebskosten der Wohnungen aus.“ Mit einem Dringlichkeitsantrag forderte sie deshalb die Aussetzung dieser Automatik. ÖVP und Grüne stimmten diese Forderung nieder und kündigten an, diese Tarife Jahr für Jahr automatisch anzuheben.

Elke Kahr betonte, dass es überall Leistungskürzungen gibt und die Menschen sich das Wohnen kaum noch leisten können:

„Deshalb werden wir *immer wieder* für einen Tarif- und Gebührenstopp eintreten.“

RAT UND HILFE

**Wohnungsstadträtin
Elke Kahr - KPÖ,
Tel. 0316 / 872 20 60**



Budgetlöcher nicht mit Wohnbaumitteln stopfen

Die Situation im Wohnbau hat sich verschärft, weil Bund und Land die Zweckbindung für den von jedem Beschäftigten eingehobenen Wohnbauförderungsbeitrag aufgehoben haben. Das Geld wurde verwendet, um Budgetlöcher zu stopfen. Für den Wohnbau bleibt immer weniger übrig. Gleichzeitig wurde die Wohnbeihilfe gekürzt.

Die KPÖ forderte deshalb mit Dringlichkeitsantrag Bund



und Land auf, die Wohnbaumittel wieder ausschließlich für den geförderten Wohnbau zu verwenden. Nur dann können in Zukunft genügend Gemeindewohnungen gebaut werden.

Der Antrag wurde von allen Parteien angenommen.

KPÖ Gemeinderat Manfred Eber: „Diese breite Zustimmung ist sehr erfreulich. Hoffentlich verstärkt sie den Druck auf die Entscheidungsträger im Land Steiermark.“

Vinzenz Muchitsch Straße 33

Der Gemeinderat genehmigte die Mittel für die umfassende Sanierung des städtischen Wohnhauses Vinzenz-Muchitsch-Straße 33. Damit kann das Wohnungsverschönerungsprogramm des Wohnungsamtes auch heuer fortgesetzt werden.

Auch der Stadtsenat fasste einen positiven Be-

schluss für das Wohnen in Graz. Seit 1998 wurde und wird ein Projekt zur Integration von Langzeitarbeitslosen durchgeführt. Im Rahmen dieses Projektes werden Reparaturarbeiten an städtischen Wohnhäusern bzw. Wohnungen vorgenommen. Auch dafür wurden die Mittel genehmigt.

Sanierung Bründlteiche

Die Sanierung und Reinigung des Naherholungsgebietes Bründlteiche rückt näher. Ende Februar soll eine erste Begehung stattfinden, um einen Sa-

nierungs- und Pflegeplan auszuarbeiten. **KPÖ-Gemeinderätin Ina Bergmann** freut sich, ihr im Gemeinderat eingebrachtes Anliegen positiv erledigt wird.

Gratiszeitungen

Bürgermeister Nagl kündigte Gespräche mit den Gratiszeitungsverlagen und den Verteilerfirmen wegen der Verschandelung Grazer Straßen durch diese Zeitungen an. Damit reagierte er auf den Appell von **Gemeinderätin Gerti Schloffer**, einen im Vor-

jahr beschlossenen KPÖ-Dringlichkeitsantrag wegen dieser verkehrsfremden Nutzung von Gehsteigen auch umzusetzen. Er versprach auch, die Chefredakteure der Gratiszeitungen kontaktieren, damit Zeitungen nicht mehr vor leerstehenden Lokalen abgelegt werden.

Puchmuseum

Der Grazer Gemeinderat sicherte am Donnerstag die Übersiedlung des Grazer Puchmuseums und den Weiterbestand für weitere drei Jahre ab. **KPÖ-Gemeinderätin Gerti Schloffer:** „Ich freue mich,



dass Erinnerungen an den Motorrad- und Automobilpionier Johann Puch erhalten bleiben und in der Geburtsstätte der Firma Puch, der Halle „P“ in Graz, Platz finden.“

Dominikanerkaserne für Bildung und Kultur öffnen!

In einem gemeinsamen Antrag mit der SPÖ forderte die KPÖ durch **Gemeinderat Andreas Fabisch**, Theatergruppen (zB. Volkstheater) in der leerstehenden Dominikanerkaserne (Waisenhauskaserne) in der Grenadiergasse eine



Spielstätte anzubieten. Weiters könnte man das Gebäude für Ersatzräumlichkeiten von Schulen mit Raumnot nutzen oder für Kursangebote öffnen.

Auch Proberäume für Musiker könnten dort angeboten werden.

Hinweis auf Grüne Zone

Wer von der alten Poststraße in die Laudongasse einbiegt, findet kein Hinweisschild in Bezug auf die dort geltende Grüne Zone bzw. auf der linken Seite nicht einmal eine Bodenmarkierung. Anrainer/innen wissen natürlich, dass Parken in der gesamten Laudongasse gebührenpflichtig ist. Wer jedoch nicht aus Graz kommt und mit den Gegebenheiten vor Ort nicht vertraut ist, riskiert

aufgrund mangelnder Information eine Strafe.

KPÖ-Gemeinderätin Uli



Taberhofer fordert daher, dass dieses Risiko durch einen für alle klar ersichtlichen Hinweis auf die Grüne Zone beseitigt wird.

Weitere Initiativen der KPÖ im Grazer Gemeinderat (19.1.2012)

- ⇒ Verwirrung um Kurzparkzone oder Ladetätigkeit (Anfrage, GR Manfred Eber)
- ⇒ Zukunft der Märchengrottenbahn (Anfrage, GR Mag. Andreas Fabisch)
- ⇒ Attraktivierung des Park & Ride-Platzes Fölling und bessere Auslastung der Linie 211 (Anfrage, GR Mag. Andreas Fabisch)
- ⇒ Behindertenparkplatz vor dem Servicecenter Straßgang (Antrag, GR Christian Sikora)
- ⇒ Verbundlinie – Gültigkeit der

Wochenkarte (Antrag, GR Christian Sikora)

⇒ Öffi-Anbindung nach Veranstaltungen in der Grazer Stadthalle (Antrag, GR Christian Sikora)

⇒ Kartenkauf in öffentlichen Verkehrsmitteln mit Quick-System bzw. auch mit Geldscheinen (Antrag, GR Mag. Andreas Fabisch)

⇒ Ständige Verschmutzungen an der Haltestelle Vinzenzgasse/Georgigasse (Antrag, Mag. Andreas Fabisch)

**Aus dem Grazer Gemeinderat:
Exklusive Information aus erster Hand!**



Alle Anträge und Initiativen der KPÖ im Grazer Gemeinderat finden Sie auch unter: www.kpoe-graz.at

KPÖ wirkt!